

Willkommen im Hotel Hartz!

Die Senkung der Hotelsteuer hängt der schwarz-gelben Koalition von jeher an, das Sparpaket aber macht sie zum **sozialen Skandal**. Denn den Bedürftigen soll so viel genommen werden, wie den Hoteliers gegeben wird

Der Zwischenruf aus Berlin von **HANS-ULRICH JÖRGES**

Es war die Ursünde der Koalition. Sie hat die FDP gebrochen und mit ihr frühzeitig die schwarz-gelbe Koalition. Als es bei den Koalitionsverhandlungen um die Morgengabe an die Hoteliers ging, die Kappung ihres Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent, war Angela Merkel anfangs dagegen. Sie hielt das für Unsinn. Dann aber beugte sie sich den Koalitionspartnern, mehr den Christsozialen als den Liberalen. Denn die Münchner vor allem waren dafür in die Schlacht gezogen, wegen angeblicher Wettbewerbsverzerrung im bayerischen Grenzland – die Hotelbesitzer auf der österreichischen Seite genießen längst einen Steuerrabatt. Die FDP sprang auf das Projekt eher auf, als dass sie es frontkämpferisch durchsetzte.

Also regnete es Manna auf Hoteliers und Pensionseigner. Eine Milliarde Euro etwa pro Jahr. In der aufkommenden Empörung aber – hatten die Schwarzgelben nichts Dringenderes gegen die Krise in petto als ausgerechnet das? – duckte sich die CSU hinter die FDP, die plötzlich als alleinige Erfinderin der Subvention galt. Und als die Liberalen auch noch Parteispenden von erstaunlichen 1,1 Millionen Euro aus dem Imperium des Industriellen August von Finck an die Öffentlichkeit brachten – die Familie des Barons ist auch an der Mövenpick-Hotelkette beteiligt –, war es um das Renommee der Liberalen geschehen. „Offensichtlich käuflich“ nannte sie Sigmar Gabriel, der für bildhafte Attacken überaus begabte SPD-Chef, und die Linke Gesine Lötzsch klebte ihnen im Bundestag den Button „Mövenpick-Partei“ an. Die Klientelpartei FDP war geboren respektive sichtbar geworden – und ihre Sympathiewerte rauschten in den Keller wie die Kurse an der New Yorker Börse nach der Verkaufswelle eines fehlerhaften Computerprogramms. „Nie wieder“, lautete der Ruf entsetzter FDP-Wähler. Er hallt der verzweifelnden Partei bis heute nach.

Die Klientelpartei CSU aber verfiel in Schweigen – und weidet sich am Unglück der „Gurkentruppe“. Dass ihr der Mövenpick-Baron im September 2008, vor der bayerischen Landtagswahl, Großspenden über 820 000 Euro zugeschoben hatte, ging in der Öffentlichkeit unter. Dabei hätte daran deutlich werden können, dass von Finck in Wahrheit nicht in die Senkung der Hotelsteuer investieren wollte – Beherbergungen gehören allenfalls am Rande zu seinem Geschäft –, sondern in die Abwehr bedrohli-



cher Linker. „Rechts von Gustl steht bloß noch Dschingis Khan“, soll einmal ein Freund über ihn gesagt haben.

Die Hotelsteuer indes war fortan *das* Symbol für Verworfenheit der Liberalen, *der* Irrtum schwarz-gelber Politik. Und seit der Präsentation des koalitionsären Sparprogramms darf sie auch noch als der in der Tat skandalöse Ausweis sozialer Unausgewogenheit gelten. Denn alle Eingriffe ins Soziale summieren sich auf 900 Millionen Euro: 200 Millionen bringt die Abschaffung des Übergangsgeldes von Arbeitslosengeld zu Hartz IV, 400 Millionen die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger, 200 Millionen die Einschränkung

des Elterngeldes und 100 Millionen die Beseitigung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger. 900 Millionen Sozialabbau gegen eine Milliarde für die Hotelbesitzer. Man kann die verheerende Symbolik dieser Zahlen auch noch böser beschreiben: Bedürftige finanzieren die Wohltat für Hoteliers. Das ist sozial unerträglich, politisch unhaltbar.

Und wieder war daran die CSU schwergewichtig beteiligt, wenn auch nicht öffentlich erkennbar. FDP-Chef Guido Westerwelle, berichten Eingeweihte, wäre womöglich zu bewegen gewesen, die Hotelsteuersenkung zurückzunehmen. Die CSU hingegen war nicht einmal gesprächsbereit.

Das hat einen speziellen Hintergrund. Fiele das Hotelsteuerprivileg, wäre der Weg frei für eine gründliche Durchforstung des Mehrwertsteuerdschungels. Maßgebliche CDU-Politiker wollen nur noch Lebensmittel mit dem Sieben-Prozent-Satz begünstigen, nicht mehr Hengste und Maultiere und Adventskränze mit frischem Moos. Eine solche Aufräumaktion aber ist unmöglich, wenn die Hotelsteuer unangetastet bleibt. Die CSU als bayerische Klientelpartei hat viel zu verteidigen, über Jahre hat sie Bauern und Alpenländer systematisch begünstigt. Skilifte zum Beispiel genießen den Bonus. Sie zahlen nur sieben Prozent – wie Bergbahnen, die kurzerhand zum Nahverkehr erklärt wurden.

Die Christsozialen sind derart eisern, dass sich der Verdacht aufdrängt, sie nähmen das Scheitern der Koalition billigend in Kauf. Um dann die eigene Macht in Bayern durch lautstarke Opposition gegen eine linke Regierung in Berlin besser verteidigen zu können. Die Hotelsteuer jedenfalls hängt an der Koalition wie ein Amboss am Bein des Ertrinkenden. Alle sehen das. Aber niemand greift zum Messer. ✪

„Das ist
unhaltbar:
900 Millionen
Sozialabbau
gegen eine
Milliarde für
Hoteliers“